

Handes ist, in folgender Sach, den wir im Organ des ADGB, der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 32 finden, bezeichnend für die Grundzüge der Sozialdemokratischen Partei und des ADGB in Bezug auf die Arbeitslosenfragen.

Es heißt dort:

„Gewerkschaften und Regierung wünschen die baldige Schaffung der Arbeitslosenversicherung. Eine Arbeitslosenversicherung ohne Begrenzung der Unterstützungsdauer ist nicht denkbar.“

Also: Fort mit der Pflicht des Staates, für die Erwerbslosen zu sorgen, die Staffeln der Unterstützungssätze und die damit verbundene Spaltung der Arbeitslosen infolge der großen Differenzen zwischen den Unterstützungssätzen, die Begrenzung der Unterstützungsdauer und damit das Wüten der kapitalistischen Hungerpest, das „wünschen die Führer des ADGB und die Regierung“.

In der Tat, es gibt nichts Erbärmlicheres als die deutsche Gewerkschaftsbürokratie, die zu feige ist, die Arbeiter zum Kampf gegen die soziale Reaktion zu führen, aber sich den Arbeitern gegenüber stark genug fühlt, offen für die kapitalistischen Kaufpläne einzutreten.

Es muß unbedingt Aufgabe eines jeden wirklich klassenbewußten Gewerkschafters sein, den Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung und für den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge in den Gewerkschaften zu führen. Die Gewerkschaften müssen gegen den Willen der Bürokratie gewonnen werden, für den Kampf um die Existenz der Arbeiterklasse, gegen die Nationalisierungspolitik der Kapitalisten, deren Erfolg ein Elend von ungeheurem Umfang bedeutet.

Die Gewerkschaften werden erst dann ihre volle Wirksamkeit zurückgewinnen, wenn es den klassenbewußten Gewerkschaftlern gelingt, die Gewerkschaften gegen die Absichten und Pläne der Kapitalisten und gegen den Willen der arbeitgemeinschaftlichen Bürokratie in den Kampf zu stellen: für ausreichende Erwerbslosenunterstützung vom ersten bis zum letzten Tage der Erwerbslosigkeit nach dem Prinzip der Fürsorge und gegen die Verjährung mit Beitragspflicht der Arbeiter.

### Angriffe gegen das Wahlrecht

Das preussische Innenministerium für ein Klassenparlament der Industriellen.

Berlin. Der preussische Ministerialdirektor von Venden vom Innenministerium unternimmt als Vertreter der preussischen Staatsregierung scharfe Vorstöße für eine Verschlechterung des Wahlrechts. Er bedient sich dabei des preussischen Staatsrats. Diese reaktionäre „Erste Kammer“ Preußens soll nach dem Willen des Ministerialdirektors nicht mehr von den Provinzialparlamenten gewählt werden, sondern „nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ zusammengesetzt werden. Das bedeutet praktisch die Errichtung eines neuen Klassenparlamentes, das planmäßig den Einfluß des Preussischen Landtages eindämmen soll. Da der Ministerialdirektor Venden als Untergebener Seeverings bisher von diesem nicht zurückgewiesen worden ist, scheint er tatsächlich im Auftrag der preussischen Koalitionsregierung zu handeln. Die reaktionären Pläne leiten die Wiederherstellung der Großen Koalition in Preußen zweifellos ein.

### Kommunistenjagd in München

Am vergangenen Donnerstag abend 9 Uhr begann in ganz München eine Kommunistenjagd, die mit dem Aufgebot der gesamten Kriminalpolizei und einem großen Teil blauer Polizei durchgeführt wurde. Eine vom Reichstagsabgeordneten Genossen Buchmann einberufene Sitzung wurde aufgehoben und alle Teilnehmer körperlich durchsucht. Der Reichstagsabgeordnete Buchmann wurde auf seine Wohnung hin, sich körperlich durchsuchen zu lassen, in Haft genommen. Hierfür fanden Hausdurchsuchungen in Verlaß und Redaktion sowie bei allen führenden Genossen in den Wohnungen statt. Die Beamten geben vor, nach Material zu suchen, aus dem hervorgeht, wie der Kampf zur Beherrschung der Arbeiterklasse durch den Kongreß der Werkstätten durchgeführt werden soll. Bei dem Genossen Schewski beschlagnahmten die Beamten Dokumente, die für seine Verteidigung in dem Prozeß, den der Justizminister Gürtner gegen ihn angezettelt hat, von Bedeutung sind.

Gegen den „hochverräterischen“ Kongreß der Werkstätten für die Begünstigung der Fememörder.

Die Aszisa auf die Münchner Kommunisten stellt sich als ein großangelegtes Manöver gegen den Kongreß der Werkstätten heraus. Die gesamte Kriminalpolizei und eine größere Abteilung blauer Polizei durchsuchte die Räume der „Freien Verlagsg. m. b. H.“, der Redaktion der „Neuen Zeitung“, die Arbeitsräume des Reichstagsabgeordneten Genossen Buchmann. Unter Bruch der Immunität des Genossen Buchmann wurde er gewaltsam durchsucht, trotzdem er die Beamten auf das unannehmliche und ungesetzliche Verhalten aufmerksam gemacht hatte. Genosse Buchmann wurde mit zwei anderen Genossen verhaftet und abtransportiert. Auswärtigen brachen fünf Beamte in die Büroräume eines Münchner Reichstagsabgeordneten ein und begannen mit der Durchsuchung. Dann erst wurde Genosse Buchmann in die bereits durchsuchten Räume geführt. Wiederum unter Verletzung des Genossen Buchmann war die Münchner Polizei in dessen Wohnräume eingedrungen, wo die Durchsuchung bis fast 2 Uhr nichts andauernde.

Zugleich wurden die Redaktions-, Verlags- und Druckereiräume der „Neuen Zeitung“ durchsucht. Der leitende Beamte behauptete die unannehmliche Frechheit, einen telefonischen Anruf so zu beantworten, als sei er ein Angehöriger des Verlags.

Dem Tische des Genossen Schewski entnahmen die Beamten mehrere Papiere, die für die Führung der Verteidigung in dem vom Justizminister Gürtner angestregten Verfahren von Bedeutung sind. Trotzdem die Beamten darauf aufmerksam gemacht wurden, daß die Fortnahme der Papiere eine Begünstigung der Fememörder und der mitleidigen Verleumdungsmanöver darstelle, wurden die Manuskripte beschlagnahmt und blieben 12 Stunden in den Händen der Polizei.

Die Beamten gaben überall an, sie hätten den Auftrag, Material darüber herbeizuschaffen, wie der „Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse und für die Arbeiter- und Bauernregierung“ wie er im Manuskript für den Kongreß der Werkstätten gezeichnet wird, geführt worden soll. Das Material sollte beweisen, daß der Kongreß der Werkstätten Hochverrat sei.

Vollständig ist inzwischen eine Fortunteruchung gegen Buchmann und Genossen wegen „Hochverrat“ begangen durch Agitation und Propaganda für den Kongreß der Werkstätten eingeleitet worden.

Die Aszisa ist somit der Beginn des Kampfes der Bourgeoisie gegen den Kongreß der Werkstätten. Die Beschlagnahme des Materials über die Fememörder kommt einem Verbot gleich, den bayerischen Justizminister Gürtner gleich, gegen den bekanntlich die schmerzlichen Vorwürfe wegen Begünstigung der Fememörder erhoben worden sind. Die arbeitenden Massen ganz Deutschlands werden als Antwort auf diesen infamen Treib der bayerischen Reaktion erst recht alle Kräfte in den Dienst der Organisierung des Kongresses der Werkstätten stellen.

### Der antibolschewistische Prophet entlarvt

Selbst der „Vorwärts“ rüdt ab.

Berlin, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Nunmehr muß auch der „Vorwärts“ vor dem Auftreten des angeblichen Sowjetkommunars Badjan, der in öffentlichen Vorträgen Enthüllungen über den Bolschewismus zum besten gibt, warnen. Der „Vorwärts“ bezeichnet Badjan als einen zweifelhaften Menschen und seine Enthüllungen über den Bolschewismus als faulen Zauber. Der „Vorwärts“ kommt zu dieser Stellung deshalb, weil Badjan sich auch gegen die Bolschewisten wendet. Solange er aber die wütendsten Lügen gegen die Bolschewisten vom Stapel ließ, hat der „Vorwärts“ bereitwillig seine Spalten dem politischen Götzen geopfert.

### „Wir bejahen am Staat was gut ist...“

Die Linken und die Rechten aus dem Lager der Sozialdemokraten hielten am Sonntag ihren Parteitag an. Beide Parteien hielten auch ihre Parteitagshandlungen auf. Die USPD hat als Spinentendant den Kreischauffeur Buch angesetzt. An zweiter Stelle steht Robert Birck, dann folgt Schriftleiter Berthe und die Professorenbesitzer Frau Küttner. An dritter Stelle steht der Arbeitsminister Glauer. Wilhelm Buch ist nur Jugantandant, in den Landtag einzutreten wird er wohl kaum. Die gesamte Liste ist sehr bescheiden, sie charakterisiert die USPD. Da kandidieren: Schuhmachermeister, Direktor, Kommissionsrat, Landesversicherungsamtspräsidenten in und außer Dienst, Regierungsräte, Gewerkschaftsbeamte und Stadträte. Dazu ein paar Arbeiter zur Klamme.

Die Linken haben ihre Liste auch kurz geändert. Die Spitze hat R. K. J., dann kommt ein Wirtschaftsbauer Schulte, ihm folgt die Hausfrau Thümmel, an vierter Stelle kommt Rudolf, an fünfter Edel, Bernhard Meute steht an achter Stelle, Schwarz an elfter, Tempelberg an dreizehnter und Komus an achtzehnter. Eine Anzahl der bisherigen Fraktionsmitglieder der SPD scheiden also bestimmt aus.

Der Parteitag, der sich mit der Aufstellung der Kandidaten beschäftigte, zeigte kein großes Leben. Einmütig wurde beschlossen, über das dort gehaltenen Referat Edel nicht zu diskutieren. Das Referat selbst enthält nach dem Bericht der „Volkstimme“ nur eine interessante Stelle, eine wohl an die Worte der Bürgerlichen abgegebene Erklärung, daß die SPD den Staat bejaht. Nach der richtigen Feststellung, daß die Republik von den Kapitalisten beherrscht werde, erklärte Edel: „Wir bejahen am Staat, was gut ist, was vernünftig, was schön ist.“

Praktisch bedeutet diese Erklärung nichts anderes, als die grundsätzliche Anerkennung der kapitalistischen Republik. Die Linken wollen nur für einige Reformen kämpfen, nicht für eine grundsätzliche Beseitigung des kapitalistischen Staates. Gegen die Rechten hatte Edel eine faule Polemik und die alte Methode des nur partiellen Angriffs. So zitiert er über den Innenminister: „Wenn ich dich seh, dann muß ich weinen.“ Zum Schluß folgte dann die übliche Kampfanzeige gegen die Kommunisten.

Die Mitglieder nahmen nicht Stellung zu den Aufgaben. Die Anführer waren nahher sehr erregt über die „Einigkeit und Geschlossenheit“.

Solche Situationen, wo die Delegierten schweigen, gab es früher schon in der USPD; ein Zeichen von Kraft und Leben ist das nicht.

### Gilberbergs Praxis

Auf der Dresdener Industriellen-Tagung streifte der rheinische Braunkohlenkönig Silberberg im Namen der deutschen Industriellen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die „Arbeiter-Hand hin. Leipzig und Co. schlingen begeistert ein. Dabei herrschte in Traus-Hallen. Manche sozialdemokratischen Parteimitglieder waren vor Freude ganz außer dem Häuschen und glaubten schon die Zeit des „ewigen Klassenkampfes“ für gekommen. So schrieb das sozialdemokratische „Rohmer Volksblatt“, die Bemerkungen Silberbergs seien „von einschneidender Bedeutung sowohl für die sozialpolitische Gestaltung des öffentlichen Lebens im Industriegebiet als auch für die Politik im Reich“. Sie bedeuten einen „neuen Abschnitt in der Politik des Unternehmertums“.

Wären die sozialdemokratischen Redakteure, die diesen Unfug fabrizierten, anstatt mit dem Unternehmertum mehr mit der Arbeiterklasse verbunden, so hätten sie sich vielleicht gefragt, wie es denn im eigenen Hause des Herrn Silberberg aus, der so große Töne von der neuen Wera des Klassenkampfes in die Welt schreit. Sie hätten dann vielleicht mit einigen Erläuterungen wahrgenommen, daß gerade die etwa zehntausend Grubenproleten im rheinischen Braunkohlenrevier des Herrn Silberberg der brutalen Ausbeutung ausgeliefert sind, daß sie lange Zeit hindurch in zwölftägiger Arbeitseile schuften mußten und das erst seit dem 1. März 1925 und auch nur durch einen von Silberberg abgeleiteten Schiedsspruch des Schlichters die bis heute noch geltende Jehn- und Benndorf-Entlohnung eingeführt worden ist; sie hätten vielleicht Kenntnis genommen von dem Schritt der Gewerkschaften, die von Silberberg und seinen Freunden in Anbetracht der Massenarbeiterschaft die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit forderten und von der getarnten räuberischen Antwort Silberbergs, die folgendermaßen lautete:

„Wir lehnen unter allen Umständen eine Verlängerung der Arbeitszeit ab. Wir vermögen keinen Grund dafür zu finden, die im Februar getroffene Arbeitszeitregelung nach irgendeiner Richtung hin abzuändern. Verhandlungen zwischen den Parteien sind zwecklos.“

Wielicht hätten die sozialdemokratischen Redakteure auch bemerkt, daß die Löhne der Silberbergischen Braunkohlenarbeiter trotz der langen Arbeitszeit und trotz höchster Behauptungen noch erheblich unter denen der Ruhrproleten liegen. Sie betragen für das 1. Quartal 1925 einschließlich aller Zulagen und Abzüge pro Schicht:

Am linken Niederrhein 7,46 Mark im Oberbergamtsbezirk Dortmund 7,88 Mark im Infrheinischen (Röhler) Braunkohlenrevier 7,26 Mark

Am 1. September wurden sie nach langen Feilschen um — sage und schreibe — 4 Prozent (!) erhöht. Dafür mußten die Gewerkschaften als „Entschädigung“ in die Festlegung der zehnstündigen Arbeitszeit bis Mai 1927 einwilligen, also ein fabelhaftes Geschäft für Herrn Silberberg auf dem Rücken der Arbeiterklasse. Der Erfolg dieser brutalen Ausbeutermethoden ist Silberberg auch nicht verlagert geblieben. Seine „Rheinische Braunkohlen-A.G.“ gehört heute zu denjenigen deutschen Unternehmungen, die den meisten Profit abwerfen. Der Kursstand ihrer Aktien ist fast so hoch wie der Aktienskurs des Edelmetalls. Der Rohgewinn liegt innerhalb eines Jahres von 15 750 000 Mk. auf 18 150 000 Mk.; die Ausbeutermethoden haben sich also für Silberberg glänzend gelohnt. Er hat durch seine Praxis bewiesen, daß er allenfalls für eine Milderung der Ausbeutung — bei seiner Konkurrenz eintritt, in seinem eigenen Hause er aber meisterlich versteht, aus den Proleten mit allen Mitteln auch das Letzte herauszuquetschen.

Die „Leipziger Volkszeitung“, der wir einen Teil dieser Angaben entnommen haben, bemerkt zu der Silberbergischen Rede mit Recht:

„Ausgerathet nach Dresden ist der rheinische Braunkohlenkönig gewandert, um seine Reden an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften loszulassen. Das hätte er viel bequemer in Köln tun können, inmitten seiner zehntausend Grubenproleten des rheinischen Braunkohlenreviers. Ausgerepeteren will, so soll er wenig bei sich haben anfangen. Darauf kam es ihm und seinen Sozialisten aber nicht an. Das Verhältnis zwischen ihnen und den Arbeitern soll

eben dleiben wie bisher: Herren und Knechte. Wohllich die Spigen der Arbeiter-Organisation sollen geföhrt und eingeseit werden, damit sie die Politik der Silberbergs machen und damit wieder das geföhrtge Vertauen der Arbeiter erneuert aufs Spiel legen.“

Es ist allerdings nötig, diesen Ausführungen hinzuzufügen, daß Leipzig und seine Bekanntheitskreise die Silberbergische Politik schon seit langem zumindst passiv unterstützen; ihr Inbegriff über die Rede Silberbergs, ihr Komplott mit den deutschen Industriemagnaten zugunsten der großen Koalition, seinen deutlich wie eine Fäden bereits zwischen den „Spigen der Arbeiterorganisation“ und den Herren der deutschen Industrie geknüpft sind. Es bedarf der ganzen Kraft und Aufopferung der klassenbewußten Gewerkschaftsmitglieder, um die neuen arbeitgemeinschaftlichen Pläne der Leipzig, Großmann und Silberberg zuhinaus zu weisen zu lassen.

### ADGB-Führer für den Silberberg-Vatt

In einer Jubiläumsgedächtnisrede der freien Gewerkschaften in Krefeld äußerte der Bezirkssekretär des ADGB, Heinrich Reier, die Rede des Großindustriellen Silberberg und erklärte:

„Wir brauchen die Arbeitsgemeinschaft, und wenn die deutschen Industriellen durch Silberberg verstanden, daß sie sich auf den Boden unserer Republik stellen, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht (!), so treffen wir uns mit den Unternehmern in unseren Wünschen. Wir sind bereit, mit Silberberg zusammen zu arbeiten, jedoch nicht unter seiner Führung, sondern als Gleichberechtigte (!). Dazu gehört auch, daß wir in den Industrie- und Handelskammern paritätisch vertreten sind. Nur so können wir die fruchtbarsten Beziehungen wieder in die Höhe bringen.“

Diese Äußerungen des reformistischen Bezirkssekretärs von Rheinland-Westfalen sind ein sehr wertvolles Gesandnis über den Kurs, der unter Führung Leipzigs zur Zusammenarbeit mit den rheinisch-westfälischen Industriekapitalisten gehen werden soll. Es paßt ganz gut dazu, daß in diesem Referat des Herrn Reier auch nicht ein einziges Mal nur das Wort „Sozialismus“ vorkam. Die frei organisierten, in der schärfsten Lohnknechtschaft schmachenden Arbeiter Rheinland-Westfalens werden Herrn Reiers Politik aufs kräftigste ablehnen. Im Kampfe innerhalb der Gewerkschaften muß dies Unternehmerrückgriff der Gewerkschaftsführer bestritten werden, um die Gewerkschaften wieder zu Organen des Klassenkampfes zu machen. Darum erst recht: hinein in die freien Gewerkschaften! Nieder mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik!

### Enthüllungen über den Reichswehrminister Severing, der „törichte Minister“

In der Kreisversammlung des Rheinischen Arbeitervereins in der deutschen Nationalen Abz. wurde folgende Äußerung über die Diktator-Verbrechen im Herbst 1923. Er erklärte, daß im Herbst 1923 eine Menge Verbrechen über eine „Umwidmung der Regierung mit Hilfe der Reichswehr“ stattgefunden haben, an denen die Herren Minow, General v. Seckt und Reichspräsident Ebert teilnahmen. Auf die Frage, ob er über die Verbrechen gegen Stresemann und Severing informiert gewesen sei, erklärte Jahnke, er habe allerdings „Beiseid gewünscht“, aber er habe Severing nicht erwidern wollen, da er ihn für einen törichtigen Minister halte, von dem er nur beschaure, daß er nicht im Lager der nationalen Verbände stehe.“

### Der Bräudeneinsturz in Gark

„Die Kleinen werden gehangen...“

Berlin, 21. September. Wie die Morgenblätter aus Stettin melden, führte die vom Oberstaatsanwalt in Stettin geleitete Untersuchung in der Angelegenheit des Garker Bräudeneinsturzes am Montag nachmittags nach längerer Vernehmung des Betonmeisters Jirisch-Berlin zu dessen Verhaftung. Jirisch, der dem Amtsgericht Gark angeführt wurde, wird zur Haft gelockt, daß er bei der Vernehmung für die Freierklärung der notwendigen Sorgfalt schuldhafterweise außer acht gelassen habe.

Auch hier wird die bekannte Methode angewendet, das Antreiberlichtem wird geschickt, als Schuldige holt man nicht die Firmeninhaber, sondern einen kleinen Reiter heron, dieht wird dann eingesperrt und verurteilt, das Profitlichtem ist dann gerechtfertigt.

### Fortführung des englischen Bergarbeiterstreiks Die reformistischen Führer verraten die Bergarbeiter

London, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Gestern nachmittags trat der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft zusammen, um zu den neuen Vorschlägen Baldwin's auf Einleitung eines Bergarbeiterstreiks mit der Befugnis, die Distriktabkommen zu überprüfen, Stellung zu nehmen. Churchill, MacDonald und eine Anzahl rechter Bergarbeiterführer unternehmen es gemeinsam, die Bergarbeiter zur Annahme der Regierungs-vorschläge zu bewegen. Die Konferenz des Bergarbeiterverbandes verlief völlig ergebnislos. Es sollen heute Distriktkonferenzen einberufen werden, die zweifellos die Regierungsentschlüsse ablehnen und die Fortführung des Kampfes beschließen werden.

### Verbrecherpolitik eines Diktators

Athen. Der gestürzte Diktator Pangalos erklärte einem Zeitungsreporter, er allein sei in der Lage gewesen, Griechenland einen neuen Aufstieg zu ermöglichen. Er habe Thrakien durch einen plötzlichen Ueberfall belegen wollen, um damit der Türkei einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Pangalos selbst habe den Aufmarschplan ausgearbeitet gehabt und nur Kenntnis davon Mitteilung gemacht. Der Vormarsch wäre so schnell erfolgt, daß ausländische Interventionen nicht möglich gewesen wären. Ein benachbarter Balkanstaat hätte sich diesen Plänen anschließen, durch seinen Sturz wäre die nationalgriechische Expansion verhindert worden.

### Vormarsch der Kantontuppen

Peking, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Kantontuppen züden an der Bahnlinie Hankau-Peking weiter vor, ohne Widerstand zu finden. Angeblich hat Wupaija 30 000 Mann gegen die national-revolutionären Truppen gesandt, um den Vormarsch zum Stillstand zu bringen. Wupaija, das von den Kantontuppen belagert wird, steht infolge Ernährungsschwierigkeiten vor der Uebernahme.

### Chinesischer Protekt

Gegen die von den Engländern angerichteten Blutbäder. Peking. Die Fakultät der Nationaluniversität hat an die Mitglieder des britischen Parlaments ein Protesttelegramm gerichtet wegen der unerhörten Blutbäder, die die britischen Dampfer auf dem Yangtse verübt haben. Mehrere hundert britische Marinesoldaten hätten beide Ufer des Flusses beschossen und den Chinesen 2000 Mann Verluste in der Stadt Wanhsien zugefügt. Die Aktion sei viel unannehmlicher noch als das Opfer von Schanghai am 30. Mai vorigen Jahres. Das Telegramm ist unterzeichnet von Chu Chia Huh als Vorsitzender der Fakultät der Universität. In Chungking fand ein Massenmeeting zum Protest gegen die britische Kriegsschiffaktion bei Wanhsien statt. Verlangt wird die Entwaffnung der britischen Kriegsschiffe, die Beschlagnahme des britischen Eigentums und Schließung des Flusses für alle fremden Schiffe. Mehrere Massenmeetings, die die Steigerung der nationalen Welle andeuten, sind für Peking geplant.